

“ECHTE DEMOKRATIE JETZT”

OCCUPY

PROTEST

DEMONSTRATION

“OBEN BLEIBEN!”

Bürgerproteste in Deutschland

Ergebnisse der BP-Gesellschaftsstudie

Eine Untersuchung vom

Institut für Demokratieforschung

Georg-August-Universität Göttingen

Gefördert von  BP Europa SE

Jetzt auch als Buch
erhältlich!

Weitere Infos auf Seite 4.



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

Deshalb jetzt...

Wir sehen sie beinahe jeden Tag und wissen doch wenig über sie – Proteste.

Kaum eine Zeitungsausgabe ohne einen Bericht über Demonstrationen, selten eine Tageschau ohne Bilder von Massenaufzügen, kein Jahresrückblick kommt aus, ohne Bürger auf den Barrikaden gezeigt zu haben. Proteste sind einfach überall. Manche halten die Welt in Atem – siehe die Aufstände in Paris, Kairo, Athen, Tottenham und Madrid. Andere haben das Zeug, ungeahnte Dynamiken zu entwickeln – siehe Stuttgart 21 – oder sind in der Lage, Jahrzehnte hinweg organisierten Einspruch zu erheben – ein Blick zu den Atomkraft-Gegnern ins Wendland genügt. Doch können sich Proteste quasi im Vorgarten entzünden, wenn es um den Bau von Windrädern und Stromtrassen geht. Im Kleinen wie im Großen – Proteste machen Schlagzeilen. Nur unser Wissen über sie ist gering. Die hier vorgestellte Studie schließt diese Lücke.

Die Studie

Das Göttinger Institut für Demokratieforschung unter der Leitung von Professor Franz Walter hat ein bisher **beispielloses großangelegtes Projekt über Protestbewegungen in Deutschland** durchgeführt.¹ Die Sozialwissenschaftler waren dafür im vergangenen Jahr bundesweit unterwegs, beobachteten Demonstrationen, Mahnwachen und Versammlungen, interviewten einzelne Aktivisten vor Ort und führten Gruppendiskussionen durch, um so Beweggründe, Einstellungen und Motive der Aktiven aufzuspüren. Entstanden ist ein tiefer Einblick in die aktuelle Protestlandschaft mit den Aktivisten im Zentrum des Interesses. **Was treibt die Protestierenden an?** Wer ist überhaupt aktiv? Wie blicken sie auf Politik und Parlament? Wie organisieren sie sich und ihren Protest real? Was sind ihre Wünsche und Utopien? Und was verbinden sie mit Demokratie und Staat, mit Werten wie Freiheit und Gerechtigkeit, nicht zuletzt mit einer „guten Gesellschaft“? So lauteten die übergeordneten Fragen.

Wo wir geforscht haben...

- in den Camps von **Occupy**
- bei den Gegnern von **Infrastrukturprojekten** wie beispielsweise Stuttgart 21
- bei den Aktiven gegen Vorhaben im Kontext der **Energiewende**, also bei Initiativen gegen den Bau neuer Stromtrassen, Windräder und Pumpspeichieranlagen.
- bei aktiven Gegnern wie Befürwortern von **Schulreformen**, wie beispielsweise bei den Akteuren im „Hamburger Schulstreit“.
- bei **Anti-Atom-Aktivisten** aus dem Wendland sowie aus der Region um „Asse II“.
- bei Organisatoren von **Internetkampagnen** wie beispielsweise solche gegen ACTA.
- bei organisierten **Euro-Kritikern** innerhalb des „Liberalen Aufbruchs“ sowie bei der Partei der Vernunft.
- bei Protagonisten des **satirischen Protests** wie Mitgliedern von „Die Partei“ unter dem Vorsitz von Martin Sonneborn.

¹ Franz Walter u.a. (Hg.), Die neue Macht der Bürger, Rowohlt: Reinbek bei Hamburg 2013 (im Erscheinen).

Wichtige Ergebnisse im Überblick

Wer sich engagieren will, braucht Zeit, und dies steigend mit dem Grad des eigenen Engagements. Unter den von uns Befragten fanden sich auffällig viele Hausmänner, Teilzeitanestellte, Freiberufler, Pastoren, Schüler, Lehrer und – ganz besonders – Vorruheständler, Rentner, Pensionäre. Eigene Kinder zu haben, gleicht einem Ausschlusskriterium für Engagement. Der Protest in Deutschland geht vom Milieu der Kinderlosen aus. Zu erwarten ist, dass sich spätestens zwischen 2015 und 2035 Hunderttausende hochmotivierter und rüstiger Rentner mit dem Wissen der in den Jugendjahren reichlich gesammelten Protesterfahrungen in den öffentlichen Widerspruch begeben.

Die deutsche Protestlandschaft wird von Männern dominiert.

70 Prozent der befragten Aktiven sind männlich, knapp 30 Prozent weiblich. Einzig die Initiativen im Bildungs- und Schulbereich sind von Frauen geprägt. Hier sind rund 75 Prozent der Personen, die wir auf diesem Feld interviewt haben, weiblichen Geschlechts. Kinder und Beruf hemmen das Engagement von Frauen, gleichzeitig bilden die eigenen Kinder für Mütter oft Brücken zum Engagement – eben im Bereich von Erziehung und Bildung.

Es protestieren ganz überwiegend Bürger gegen Bürger. Nicht die neuen Unterschichten protestieren, sondern vor allem Menschen mit hohem Bildungsabschluss, geregelter, meist ordentlichem Einkommen, die sozial gut vernetzt sind und eher anspruchsvollen Berufen nachgehen. Ihr Bildungsgrad ist enorm hoch: 55 Prozent der von uns Befragten haben einen Studienabschluss oder eine Promotion. Die „kleinen Leute“ sind kaum mehr vertreten. Bürger tragen ihre Kontroversen und Konflikte aus – miteinander und gegeneinander. Ob für oder gegen den Bau von Windrädern, ob für oder gegen die Schulreform, ob für oder gegen den Bahnhofsneubau – auf beiden Seiten dominieren und bestimmen bürgerliche Protestierende das Geschehen.

Die Ingenieure bilden einen zentralen Typus der aktuellen Bürgerproteste.

Während in den Oppositionsbewegungen der siebziger Jahre typischerweise der (angehende) Sozialwissenschaftler den Ton angab, sind es heute die eher technisch geprägten Berufe. Besonders in den Protestgebieten der Infrastruktur, dem Energiewendekomplex und der Stadtentwicklung sind zu großen Teilen Ingenieure, Techniker, Informatiker und Biologen anzutreffen. Das Engagement in eindeutig definierten Initiativen, die sich auf einen einzigen Punkt hin strategisch ausrichten, kommt ihm entgegen. Hier kann er als objektiver Experte auftreten und auf selbstbewusste Weise präzise Gegenvorschläge erarbeiten und vortragen und „klipp und klare“ Tatsachen sprechen lassen. Dass Politik nicht objektiv sein kann, ist ihm fremd. Denn für ihn ist Objektivität Ethos und Ziel schlechthin.

Die neuen Bürgerproteste sind Sache der Konfessionslosen.

Über die Hälfte der von uns Befragten gehört keiner Kirche an. Vor allem Katholiken sind auf Abstand geblieben, historisch kein neues Phänomen. Der Evangelischen Kirche gehörte ein gutes Drittel unserer Untersuchungspersonen an, darunter – auch das ließ sich in früheren Jahrzehnten bereits häufig genug beobachten – viele Pastoren. Trotz dessen nahmen etliche Protestgruppen die Organisationskraft der Kirchen in Anspruch, so tagten und trafen sich beispielsweise Occupy-Initiativen in kirchlichen Räumen.

Kaum jemand hält die bundesdeutsche Gesellschaft für eine „echte Demokratie“.

Unter den von uns Befragten fällt ständig der Vorwurf, dass wir es lediglich mit einer „Scheindemokratie“ zu tun hätten. Kommt man auf Parteien und Politik zu sprechen, dann löst dies einen Schwall von Hohn und Verachtung aus. Es handele sich um Sammelstätten von Karrieristen und Postenjägern – abgehoben, inkompetent, weltfremd, von Medien und Lobbygruppen manipulierbar. Wobei die Lobbyisten ohnehin als die entscheidenden Verfälscher des Volkswillens gelten und die Medien als deren willfährigen Hofberichterstatter.

Unter der Aktivisten herrscht tiefes Misstrauen bei gleichzeitiger Ratlosigkeit.

Denn genaue Vorstellungen von der häufig genannten „richtigen“ Demokratie gibt es kaum. Oft werden Volksentscheide, Basisdemokratie oder Direktwahlen stichwortartig genannt, aber leidenschaftslos vorgetragen. Auch der Wunsch nach einem charismatischen Politiker, der – eine Mischung aus Fachmann und Autorität – genug „Mumm“ hat, ist deutlich zu vernehmen. Früher habe es solche Leute „mit Rückrat“ ja noch gegeben, heißt es dann. Genannt werden beispielsweise Willy Brandt, Helmut Schmidt, aber auch Franz Josef Strauß.

Dennoch: Aus Partizipation zieht auch das politische System Nutzen.

Hinter dem Engagement von Bürgern stehen Wissen, Ideen und beträchtliche Energien, deren sich der Staat bedienen kann. Und doch bleibt ein Dilemma: Der unzweifelhaft gestiegenem Wunsch nach vielfachen Beteiligungen der Bürger an politischen Vorhaben verkompliziert den Entscheidungsprozess, produziert Langwierigkeit, endet oft vor Gerichten, was in der Folge die Verrechtlichung der gesellschaftlichen Beziehungen weiter forciert. Das wiederum erzürnt das Gros der Bürger, deren Ansprüche auf ein rasches und effektives Regierungshandeln ebenfalls angestiegen sind. Beides allerdings geht schlecht zusammen.

Wie wir geforscht haben...

Insgesamt 80 Einzelinterviews mit zentralen Akteuren und Aktivisten von Protestgruppen und bundesweit **18 Gruppendiskussionen** mit jeweils sechs bis elf Teilnehmern.

In diesen zwei bis drei Stunden andauernden Gesprächsrunden konfrontierten wir unsere Gesprächspartner mit Szenarien, Plan- und Kreativspielen, um ihre Einstellungen und Werthaltungen herauszufiltern.

Insgesamt sprachen wir mit 200 Aktivisten. Aus diesen Interviews und Fokusgruppen ergaben sich circa **1300 Seiten transkribiertes Material**, das dann analytisch aufbereitet und verdichtet wurde.

Zusammen mit denjenigen Ergebnissen, die aus einer Vielzahl **teilnehmender Beobachtungen** gewonnen wurden, wurden die Daten verstehend qualitativ analysiert.

Die gesamte Studie ist ab dem **8. Februar 2013 als Buch erhältlich:**

Franz Walter (Hg.)
„Die neue Macht der Bürger
Was motiviert die Protestbewegungen?“



Rowohlt
Hardcover, 352 Seiten
08.02.2013
16,95 €
978-3-498-07254-4



Franz Walter (r.), geboren 1956, ist Leiter des Instituts für Demokratieforschung in Göttingen. Er hat Geschichte und Sozialwissenschaften in Berlin und Bielefeld studiert, ist seit 2000 Professor für Politikwissenschaft und seit März 2010 Leiter des Instituts für Demokratieforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind Parteien und politische Kulturforschung.

Stine Marg, geboren 1983, ist wissenschaftliche Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Sie hat in Göttingen Geschichte und Politikwissenschaft studiert und arbeitet vorwiegend im Bereich der Politischen Kulturforschung. Sie beschäftigt sich überdies mit der „gesellschaftlichen Mitte“ und dem „Bürgertum“ als politische Sozialformationen.

Lars Geiges (l.), geb. 1981, ist Journalist und Politikwissenschaftler. Er hat in Göttingen und Italien studiert, bei der Magdeburger Volksstimme ein redaktionelles Volontariat absolviert und anschließend vorwiegend aus NRW als freier Journalist u.a. für Spiegel Online, Zeit Online und taz geschrieben. Seit 2011 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seine Interessenschwerpunkte bilden Populismus, Protest und Engagement sowie Fankultur und Sportgeschichte.

Felix Butzlaff, geb. 1981, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er hat in Göttingen und Santiago de Chile Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Jura studiert und beschäftigt sich mit der Entwicklung der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung sowie mit dem Wandel des demokratischen Engagements in Europa.



Göttinger Institut für Demokratieforschung

Sinkende Wahlbeteiligung, allgemeines Desinteresse an politischen Vorgängen, fehlendes Verständnis demokratischer Abläufe – die Politikverdrossenheit breitet sich offenbar immer weiter aus. Dem will die Universität Göttingen nun entgegenwirken: Mit dem im März 2010 gegründeten Institut für Demokratieforschung wollen wir unsere Erkenntnisse in die Öffentlichkeit tragen. Dabei werden wissenschaftliche Analyse, öffentliche Vermittlung, Didaktik und Beratung miteinander verknüpft.

Das Institut fungiert als Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Wissenschaft. Forschungsergebnisse werden der interessierten Öffentlichkeit vermittelt, umgekehrt aber regen auch Fragen der Gesellschaft die politische Wissenschaft zu neuen Studien an. Dieser Transfer zwischen Forschung und Praxis ist das erklärte Ziel der täglichen Arbeit.

Das Institut arbeitet an neuen Konzepten, entwickelt Vitalität und unkonventionelle Formen der Vermittlung, operiert vor allem sehr viel zielgruppengenaue – auch in der Lehrerbildung, der „Zukunftstechnologie in einer Wissensgesellschaft“ (Manfred Prenzel). Das Göttinger Institut verbindet dabei wissenschaftliche Analyse, öffentliche Vermittlung, Didaktik und Beratung miteinander. Was sonst oft auseinander fällt, wird hier verknüpft: Forschung und Transfer, Universität und Schule, Hochschule und Gesellschaft, Politik und Didaktik. Entscheidend ist, dass sich die Ebenen gegenseitig befruchten, also Ergebnisse der Forschung adressatenorientiert sind, umgekehrt aber Fragen wie Kritik der Adressaten die politische Wissenschaft zu neuen Studien, Erklärungen, Begriffen anregt.

Am Institut sollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einer neuen Generation mit neuem Anspruch forschen, denken und diskutieren, denen es um Synthesen aus gediegener Wissenschaft und inspirierender Publizistik auch zu den großen geistigen Fragen der Zeit geht. Mit anderen Worten: Im Göttinger Institut für Demokratieforschung übersetzen die Wissenschaftler ihre Forschungsergebnisse für die Professionellen der Politik/Medien und für die interessierte Öffentlichkeit. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den politischen und sozialen Problemen der Gesellschaft soll überdies spannend, farbig und ausdrucksstark formuliert, dadurch für die Praxis handhabbar und nutzbar gemacht werden, soll schließlich auch die Kultur der Debatten in der deutschen Republik (mit-)prägen.



Kontaktdaten

Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen

Weender Landstraße 14
37073 Göttingen

Tel: 05 51 / 39 1701-00
Fax: 05 51 / 39 1701-01
info@demokratie-goettingen.de

Ansprechpartner

Felix Butzlaff 05 51 / 39 1701-17
Lars Geiges 05 51 / 39 1701-03
Stine Marg 05 51 / 39 1701-16

felix.butzlaff@demokratie-goettingen.de
lars.geiges@demokratie-goettingen.de
stine.marg@demokratie-goettingen.de



Göttinger Institut für
Demokratieforschung